

Ringen um den Sprachenkompromiss

Bildungspolitiker der SP und SVP möchten die Fremdsprachenstrategie der Kantone aufweichen. Sie wollen sicherstellen, dass alle Primarschüler eine zweite Landessprache lernen.

Der Bund, 19. 9. 2014

Anja Burri

Die Debatte um das Frühfranzösisch ist längst keine pädagogische Diskussion mehr. Seit sich das Thurgauer Parlament und die Nidwaldner Regierung dafür ausgesprochen haben, das Frühfranzösisch abzuschaffen, ist sie zu einer delikaten politischen Frage geworden. «Krieg der Sprachen» titelte die Westschweizer Zeitschrift «L'Hebdo». Auch im eidgenössischen Parlament ist der Fremdsprachenstreit Thema. Politiker aller Parteien versuchen, mit Vorstössen Einfluss zu nehmen.

Nun unternimmt eine ungewöhnliche Allianz aus den Reihen der SP und der SVP den Versuch, die Wogen zu glätten. Ihr Ziel: ein Eingreifen des Bundes und damit die wahrscheinliche nationale Volksabstimmung über das Frühfranzösisch, eine Art Röstigrabenabstimmung, wenn möglich zu verhindern. SVP-Nationalrat Peter Keller und SP-Nationalrat Jean-François Steiert schlagen einen Kompromiss vor: Jene Kantone, die in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichten wollen, dürfen dies tun. «Dann sollte es aber eine Landessprache sein», sagt Keller. Den anderen Kantonen stehe es frei, weiterhin zwei Fremdsprachen in der Primarschule anzubieten - so wie es die kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) eigentlich beschlossen haben.

Angesichts der hängigen Volksinitiativen und Bestrebungen in vielen Kantonen, die zweite Fremdsprache aus der Primarschule zu streichen, sei dieser «Minimalkonsens» dringend nötig, glauben die beiden Parlamentarier. «Die Kantone haben offensichtlich Mühe, sich zu einigen», sagt Steiert. Es sei an der Zeit, dass die Befürworter und Gegner des Französischunterrichts in der Primarschule freiwillig einen Schritt aufeinander zu machen. Nur so würden der Bildungsartikel in der Verfassung und das Sprachengesetz eingehalten.

Bisher vertraten die SVP und die SP weit auseinanderliegende Positionen in der Frage. Die SVP regte in verschiedenen Kantonen die Streichung des Frühfranzösisch an oder unterstützte sie; die SP macht sich für den Lehrplan 21 und zwei Fremdsprachen in der Primarschule stark. Es werde nicht einfach, alle zu überzeugen, räumen Steiert und Keller ein. Sie suchen zurzeit das Gespräch vor allem mit den Entscheidungsträgern



Französisch, Italienisch oder doch Englisch? Primarschüler beim Lösen ihrer Aufgaben. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

in den Kantonen. Auf Verständnis stossen sie beim Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid (SVP). «Ich persönlich könnte gut leben mit diesem Kompromiss», sagt er. Allerdings müssten alle Kantone mitziehen, sonst mache die Umstellung keinen Sinn. Die Nidwaldner Regierung hatte sich vor wenigen Wochen noch dafür ausgesprochen, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Sie reagierte damit auf die hängige Volksinitiative, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule verlangt.

Lehrer dafür

Die Lehrerverbände dürften im Grundsatz mehrheitlich hinter der Idee aus Bern stehen. Kürzlich sprach sich die Präsidentenkonferenz des Schweizerischen Lehrerverbands (LCH) deutlich dafür aus, dass die erste Fremdsprache überall eine Landessprache sein müsse.

Das bisherige Modell des Fremdsprachenunterrichts müsse aufgrund der Praxiserfahrungen und der Widerstände in den Kantonen angepasst werden, sagt LCH-Präsident Beat Zemp. Das EDK-Modell, spätestens in der dritten und fünften Klasse mit je einer Fremdsprache zu beginnen, könne gerettet werden, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt seien. Dazu gehöre, dass alle Kantone ab der dritten Klasse mit einer Landessprache als erster Fremdsprache begännen. Weiter sollten alle Kantone spätestens ab der fünften Klasse Englisch als Wahlfach anbieten. Sprachschwache Schüler könnten stattdessen Förderkurse in Deutsch oder Französisch erhalten.

Nichts hält EDK-Präsident Christoph Eymann vom Kompromissvorschlag der Politiker. «Das Parlament wäre gut beraten, die Kantonshoheit in dieser Bildungsangelegenheit zu beachten», sagt

er. Der Sprachenkompromiss aus dem Jahr 2004 gelte nach wie vor. Die EDK werde wie geplant im Sommer 2015 Bilanz ziehen. Bis dann brauche es vor allem Gelassenheit. Ähnlich äussern sich die Bildungsdirektoren der Kantone Luzern und St. Gallen, wo Fremdspracheninitiativen zustande gekommen oder lanciert worden sind.

Französisch ohne Benotung?

Auch der Schaffhauser Bildungsdirektor und Präsident der Deutschschweizer EDK Christian Amsler hält «sehr wenig» vom Vorschlag aus dem Bundeshaus und plädiert dafür, Ruhe zu bewahren. Aus seiner Sicht könnte die Polemik um das Frühfranzösisch mit einer einfachen Massnahme entschärft werden: Bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit soll der Französischunterricht von der Benotung und der Promotionswirkung befreit werden.